



NEWSLETTER

3/2016

+ + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + +



Mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Projekts „Für die Zukunft Europas – freiwillig, engagiert und miteinander“ der Stadt Geesthacht diskutierte ich im Bundestag.



Zum Austausch mit Fachleuten, Betroffenen und den Hilfsorganisationen lädt die SPD-Bundestagsfraktion zur sog. „Blaulichtkonferenz“ ein. Hierzu begrüßte ich auch Vertreter aus dem Wahlkreis.



Regelmäßig biete ich Plätze für Praktikanten und Hospitanten an, so begleitete mich Désirée aus Schwarzenbek u.a. auf meiner diesjährigen Sommertour.



Die Kreishandwerkerschaft Herzogtum-Lauenburg organisierte zum Tag des Handwerks eine Messe in Lauenburg. In meinem Grußwort unterstrich ich die Bedeutung des Meisterbriefs.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Herbst-Newsletter – der dritten Quartalsausgabe in diesem Jahr – berichte ich über meine diesjährige Sommertour unter dem Titel „Engagierte Frauen in der Region“, über Besuche vor Ort sowie über die während der letzten Wochen ausgerichteten Diskussionsabende, darunter auch vier „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen, die wir SPD-Bundestagsabgeordneten gemeinsam zu ausgewählten aktuellen Themen in einem Format der SPD-Fraktion ausrichten. Vorstellen möchte ich Ihnen und euch zudem drei Praktikanten und Hospitanten aus den vergangenen Wochen.

Die letzten Wochen waren sehr geprägt von der Diskussion um das Freihandelsabkommen CETA, mit dem sich die SPD auch auf dem Konvent am 19. September intensiv befasste. Hierauf sowie zu Fragen zur Energiewende gehe ich in den jeweiligen Beiträgen ein.

Wie gehabt schließt mein Newsletter mit einer Terminvorschau und einer Collage mit Fotos aus den letzten drei Monaten.

Anregendes Lesen wünscht
Ihre und eure



Dr. Nina Scheer
SPD-Bundestagsabgeordnete
Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd

Inhalt

• Themenauswahl – Juli bis September 2016	3
• Eigene Veranstaltungen	8
• Praktikanten und Hospitanz	13
• Wahlkreis Sommertour: „Engagierte Frauen in der Region“	14
• Aktivitäten	17
• Programmkommissionen zur Landtags- und Bundestagswahl	17
• Eigene Termine	17
• Bilderschau	20

Themenauswahl – Juli bis September 2016

Energiewende – wo stehen wir?

Nach wie vor zählt Deutschland mit einem Strom-Anteil aus Erneuerbaren Energien von inzwischen rund 35 % am Bruttostromverbrauch weltweit zu den Energiewende-Vorreiterländern.

Der rasante Ausbau Erneuerbarer Energien während der letzten Jahre ist dabei aber auch zum ernsthaften Konkurrenten der konventionellen Energiewirtschaft geworden, zumal ein Ineinandergreifen im Mix der Erneuerbaren, die Speicherbarkeit, ein geschicktes Netzmanagement und der Einsatz von KWK zunehmend auch Versorgungssicherheit gewährleisten können.

Dies bedeutet zugleich: Die Geschäftsfelder der Kohleenergie-Wirtschaft sind heute so bedroht wie noch nie. Und eben dies wirkt sich auch in der täglichen Energiepolitik aus. Mit den Rufen nach „Planbarkeit“ und „Bezahlbarkeit“ wurden mit der EEG-Novelle 2016 die Ausbauzahlen Erneuerbarer Energien erstmals der Höhe nach limitiert. Damit das Limit nicht „gerissen“ wird, können zukünftig (jenseits einer Bagatellgrenze von 1 MW) nur noch ausgeschriebene bzw. über Gebote zu erlangende Mengen ausgebaut werden. Uns sollte klar sein: Ein solches Limit nutzt in erster Linie der herkömmlichen Energiewirtschaft, deren Geschäftsfelder hierdurch gesetzlich gesichert und damit berechenbar für eine deutlich längere Zeit erhalten bleiben, als dies mit einem unlimitierten Ausbau Erneuerbarer Energien gemäß des bisherigen gesetzlichen Förderrahmens der Fall gewesen wäre.

Eine erfolgreiche Energiewende erfordert heute somit mehr denn je, die "Sprache" widerstreitender Interessen wahrzunehmen. Denn: Mitnichten steckt hinter jedem "Ja" zur Energiewende eine progressive Haltung. Widerstreitende Interessen sind aber nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Keiner (außer der AfD) würde in Deutschland heute offen die Energiewende in Frage stellen!

Anhand von drei Beispielen möchte ich einige Annahmen benennen, die auf eine Verlangsamung der Energiewende zielen.

Annahme 1: „Erst müssen die Netze ausgebaut werden, dann die Erneuerbare Energien“. Der Netzausbau (bei solchen Aussagen sind die Übertragungsnetze gemeint, da es auf der Verteilnetzebene eher um Ertüchtigung und Innovation geht), geht sehr schleppend voran – er kann viele Jahre dauern, Jahre der Ungewissheit. Wer soll unter solchen Umständen wo noch mit einer Beteiligung am Ausbau Erneuerbarer Energien aktiv werden?

Auch sachlich gesehen ist die Annahme falsch: Zum einen kann die Verteilnetzebene mit entsprechender Ertüchtigung sehr viel mehr leisten als unterstellt, zum anderen muss nicht jede kWh aus Schleswig-Holstein nach Bayern transportiert werden.

Wertschöpfung vor Ort, Dezentralität ist das Stichwort: Über Power to heat (Stromumwandlung in Wärme), power to gas (Stromumwandlung in Wasserstoff oder unter Hinzunahme von CO₂ in Methan für Mobilität) kann Strom auch für Sektoren verwendet werden, in denen wir noch ganz am Anfang der Energiewende stehen: im Verkehrs- und Wärmesektor und für eine Kopplung dieser Sektoren mit der Stromgewinnung. Mit dem Warten auf Übertragungsnetze kann es zudem passieren, dass ein so gesteuerter Ausbau am – dann – tatsächlichen Bedarf vorbei geht. Ein ins Stocken geratener Ausbau Erneuerbarer Energien bremst Innovation im Umgang mit Überschussstrom zur Verwendung im Wärme- und Verkehrssektor (Sektorkopplung) und erzwingt eine fortbestehende Abhängigkeit von „immer verfügbarem“ Kohlestrom. Schwer regelbarer Kohlestrom beansprucht wiederum Netzkapazität – verstopft die Netze; es folgt der Ruf nach mehr Netzen: Ein Teufelskreis.

Fazit: Mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien sollte nicht auf Übertragungsnetze gewartet werden.

Annahme 2: „Energie muss bezahlbar bleiben - Erneuerbare Energien sind noch zu teuer“

Atom- und Kohleverstromung sind mit immensen Kosten verbunden, die nicht auf der Stromrechnung stehen, aber dennoch von der Allgemeinheit zu tragen sind und in vielerlei Vergünstigungen bzw. verdeckten Subventionen stecken. Bei der Atomenergie sind es insbesondere unbeherrschbare Risiken sowie die ungelöste Endlagerfrage, für die die Konzerne zwar etwas leisten, aber über die kommenden Jahrtausende gerechnet ganz offensichtlich nur einen kleinen Bruchteil der tatsächlichen Lasten getragen haben werden. Bei der Kohleenergie ist es die Verschmutzung von Luft und Böden (saurer Regen), ganz zu schweigen von dem Raubbau an Natur, Gesundheit und kulturell gewachsenen Lebensräumen sowie tausenden heute schon umgesiedelten Menschen durch Braunkohletagebau.

Und: Fossile Ressourcen sind endlich. Energie ist der Schlüssel für Zivilisation und gesellschaftlicher Teilhabe. Wie wird die Welt von morgen aussehen, wenn Ressourcen wenigen Reichen vorbehalten bleiben?

Dies führt uns unweigerlich zur Ablösung von Kohleenergie – sowohl aus Gründen des Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes als auch zur Beendigung der Abhängigkeit von endlichen Ressourcen. Bisher haben wir in Deutschland mit der Energiewende weltweit Ausstrahlungswirkung erzielt. Das war – neben dem Innovationsgehalt für unsere Wirtschaft – die beste Entwicklungshilfe, die wir je leisten konnten und hat uns weltweit betrachtet Vorreiterrollen in Zukunftstechnologien vermittelt. So wurden allein in Deutschland über 440.000 Arbeitsplätze geschaffen. Teilweise sind sie uns inzwischen wieder verloren gegangen – auch durch politische Kurzsichtigkeit. Den Wendepunkt hatte schwarz-gelb zu verantworten.

Aus Gerechtigkeitsgründen und aus Solidarität mit unseren Kindern und Kindeskindern sowie nicht zuletzt aus friedenspolitischen Motiven müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür sorgen, dass der Zugang zu Energie weltweit gelingt und

somit die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen so schnell wie möglich beendet wird – global gedacht und lokal gehandelt.

Unsere Verantwortung muss dabei auch gegenüber den Beschäftigten der konventionellen Energiewirtschaft gelten: Nicht die Unternehmen gilt es dabei zu schützen, sondern die Menschen, die hier heute noch in Lohn und Brot stehen. Der Markt gibt keine hilfreiche Lenkungswirkung, da er kurzfristig „denkt“ und nicht nachhaltig orientiert „lenkt“. Die herkömmliche Energiewirtschaft wird die Verantwortung gegenüber den Beschäftigten somit nicht aus sich heraus leisten. Das Maß an politischer Gestaltung, das einst zum fossil-atomaren Zeitalter führte, ist nun zum Ausstieg aus demselben gefragt. CO₂ bzw. Verschmutzung muss einen realen Preis für Klima-, Gesundheits- und Umweltbelastungen bekommen, sei es durch Umlagen, Abgaben oder Steuern.

Fazit: Wir brauchen einen realen CO₂-Preis.

Annahme 3: „Die Verwendung von regenerativem Strom für Elektromobilität und Wärme ließe die EEG-Umlage durch die Decke gehen“.

Klar ist: Ein Mehrbedarf an Strom aus Erneuerbaren Energien, der sich sowohl aus unseren Klimaschutzverpflichtungen als auch unter Einbeziehung des Verkehrs- und Wärmesektors erschließt, führte im bisherigen System unweigerlich zu einer höheren EEG-Umlage. Eben aus diesem Grund wird derzeit regulierend vermieden, eine Ausdehnung der Verwendung von regenerativem Strom für andere Bereiche zuzulassen (mit Ausnahme einer begrenzten Verwendung von Überschussstrom bis zwei GW auf Grundlage einer Verordnung, wie sie auf Drängen aus Schleswig-Holstein in das EEG 2016 aufgenommen wurde): Der einfache Stromkunde soll nicht über seine (dann entsprechend erhöhte) Umlage auch noch den Strom für das Elektroauto des Nachbarn zahlen müssen. Sicher wäre dies so gesehen keine Lösung! Statt aber nun die Verwendung regenerativen Stroms für die sogenannte Sektorkopplung zu unterbinden, sollte der Kreis der Umlageverpflichteten erweitert werden – um den Verkehrs- und den Wärmesektor.

Mit einer Ausdehnung des regenerativen Strombedarfs in sowohl den Wärme- als auch den Verkehrssektor brauchen wir zudem neue Ausbauziele für Erneuerbare Energien. Denn der kalkulierte Ausbaupfad von 40-45 % Anteil Erneuerbarer Energien bis 2025 unterstellt eine Trennung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr und fokussiert einen reinen „originären“ Stromsektor.

Fazit: Die Wende in den Sektoren Mobilität und Wärme stehen noch am Anfang – und bieten große Chancen für alle, die sie erkennen.

CETA – vom Blinklicht zur Europäischen Identität

Die Entwicklung der letzten Monate hat Dank des in der SPD geführten Diskurses zu wertvollen Veränderungen bei CETA geführt. Dies zeigt: Änderungen sind möglich! Die Entwicklung zeigt aber auch, und dies ist auch mein persönliches Zwischenfazit: Unser sozialdemokratisches Ziel von „Fairhandel statt Freihandel“ ist noch nicht erreicht. Ein entfesselter Finanzmarkt und das weltweit verbreitete Ausbeuten von Mensch und Natur beweisen die Notwendigkeit von werteorientierten Regeln, nicht zuletzt als Kernelement einer nachhaltigen Friedenspolitik. Liberalisierung und Freihandel erfüllen dies für sich genommen nicht. Abkommen mit der Verpflichtung zu Freihandel und Investitionsschutz räumen sowohl der Liberalisierung, dem hemmnisfreien Handel sowie Investitionen von Unternehmen ein vertraglich priorisiertes Interesse ein. Dies darf nicht in Widerspruch zu unserer Verfassung und unserer europäischen Einigung stehen. Somit bedürfen auch Freihandel und Investitionsschutz eines wertegebundenen Rahmens.

Dieses Fazit wurde auch mit dem SPD-Konventbeschluss vom 19. September gezogen. Anders als teilweise unterstellt, hat die SPD mit ihrem Beschluss kein Ja zu CETA in der heutigen Form gegeben.

Mit dem Beschluss hat die SPD eine Bewertung und Analyse von CETA vorgenommen. Der Beschluss erklärt, an welchen Stellen noch Handlungsbedarf gesehen wird, um CETA fair auszugestalten und zustimmungsfähig zu machen.

Im Einzelnen setzt der Konventbeschluss

- auf eine interessensgerechte Einordnung des Investitionsschutzes,
- auf die Wahrung des Vorsorgeprinzips, dies ist u.a. auch eine Erwartung, wie sie der Antrag von CDU/CSU und SPD als Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Art. 23 Grundgesetz zum Ausdruck bringt,
- auf eine kritische Überprüfung des Negativlistenansatzes, der zu keinen unkontrollierten Liberalisierungen führen darf,
- auf eine Orientierung der in CETA beschriebenen Handels- und Wirtschaftspolitik an den globalen Nachhaltigkeitszielen und dem Klimaschutzabkommen von Paris.

Insbesondere der letzte Punkt verlangt einen neuen Kontext für CETA: eine Ausrichtung auf Nachhaltigkeitsziele.

Im Kern: Exempel für mehr Parlamentarismus

Im Kern fordert der SPD-Konventbeschluss aber noch mehr: Er fordert, anhand von CETA ein Exempel für mehr Parlamentarismus zu statuieren. So weitreichende Schritte, wie sie handels- und wirtschaftspolitisch betrachtet mit CETA gegangen werden, sollten nicht allein bei der Exekutive liegen. Wir brauchen eine Stärkung der repräsentativen Demokratie – eine Stärkung der Parlamente, allen voran des Europäischen Parlaments! CETA ist ein guter Anlass, diesen Weg zu gehen. Denn in abstrakter Form, über eine Überarbeitung des Vertrages von Lissabon und europäischer Zuständigkeiten, wäre im

gegenwärtigen Zustand der EU sicher keine zielführende Reform zu erreichen. Wir brauchen hierfür einen Anlass, der die Menschen anspricht. Die Freihandelsabkommen und ihre bislang von Intransparenz gezeichneten Verhandlungsprozesse sind ein solcher Anlass. Und hier schließt sich der Kreis zu unserer gegenwärtigen europäischen Identitätskrise, deren Sinnbilder das Brexit-Referendum sowie jüngst die Volksabstimmung in Ungarn über den Umgang mit der europäischen Flüchtlingspolitik sind und für die wir europäische Antworten brauchen. Der Konventbeschluss widmet sich dem europäischen Reformbedarf und zeigt einen Weg aus der europäischen Identitätskrise – anhand zu stärkender Parlamente.

„Vorwärts – und nicht vergessen (...) – die Solidarität!“

Vor uns liegen Schritte, die für CETA formal erstmal nicht vorgesehen sind, die es im bevorstehenden Prozess noch zu entwickeln gilt.

So meinen Kritiker, wir seien naiv. Das EU-Parlament habe nur die Möglichkeit, ja oder nein zu sagen. Aber: Das Parlament kann diskutieren; es kann gegebenenfalls sagen: „So nicht, aber anders“. Hierbei wird ein enger Schulterschluss mit den Kanadiern zu halten sein. Ein solches „qualifiziertes“ Nein wäre ein Auftrag für Neu- oder Weiterverhandlung. Vor einer Ratifikation durch das Europaparlament wird – vereinbarungsgemäß – keine vorläufige Anwendung vollzogen. Den nun vor uns liegenden Prozess einer zu stärkenden Stimme von Parlamenten müssen wir in und für Europa aktiv einfordern, für eine neue Identität eines solidarischen Europas.

Vgl. auch meine Publikation: Handel braucht Wandel:

http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2015-10-16-Nina_Scheer-Handel_braucht_Wandel.pdf

Teilnahme an Öffentlicher Anhörung zu CETA am 5. September 2016:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw36-pa-wirtschaft/436262>

Rede zu CETA im Deutschen Bundestag am 22. September 2016:

<http://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/544-rede-zu-ceta.html>

Mitverfasstes Positionspapier der Grundwertekommission der SPD zum Freihandelsabkommen CETA, September 2016:

<https://www3.spd.de/spd-webapp/servlet/elementblob/19785102/content>

Im Vorfeld des SPD-Konvents nahm ich auch in meiner Funktion als Mitglied der Grundwertekommission (GWK) der SPD an einer hier vorgenommenen Positionierung der GWK teil und wirkte an einem gesondert zu CETA erstellten Positionspapier mit. Darin erklärt die Grundwertekommission, das Abkommen in der gegenwärtigen Form für nicht zustimmungsfähig zu halten und plädiert für eine Aussetzung der vorläufigen Anwendung.

Eigene Veranstaltungen

Fraktion vor Ort: Digitales Leben

Zur Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Digitales Leben“ hatte ich gemeinsam mit meinem Kollegen Lars Klingbeil, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Landkreis Rotenburg und den Heidekreis, netzpolitischer Sprecher unserer Fraktion, in das AWO-Haus in Büchen eingeladen. Mit einem Input war Stefan Manzke, Unternehmensberater aus Geesthacht, für den kurzfristig verhinderten Nico Lumma eingesprungen und benannte aktuelle Entwicklungen in der Arbeitswelt, etwa das „Cloud Computing“, womit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jederzeit und an jedem Ort auf betriebsinterne Daten zugreifen und diese auch bearbeiten können.



Foto v.l.: Nina Scheer, Lars Klingbeil

In Bezugnahme auf das vom SPD-Kreisparteitag am 21.11.2015 beschlossene Papier zum „Digitalen Leben im Kreis Herzogtum Lauenburg“ ging ich auf die Vielfalt an Anforderungen einer sich digitalisierenden Gesellschaft ein, die sowohl Bildung, Wirtschaft als etwa auch die Gesundheitsversorgung betreffen.

Lars Klingbeil betonte, dass die SPD-Fraktion als erste Fraktion das Digitale Leben auf ihre Agenda gesetzt habe und verwies auf den mit der Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles, eingerichteten Ständigen Ausschuss Digitale Agenda mit den vier Arbeitsschwerpunkten: Arbeit, Rente, Aus- und Weiterbildung sowie Digitalisierung.

Als Praxisbeispiele nannte er Uhren, die in Echtzeit Gesundheitsdaten an ein Krankenhaus senden können, selbstfahrende Autos und digitalisierte Wohnungen für ältere Menschen, die Gesundheitsprobleme erkennen und Alarm geben können.

Im weiteren Verlauf wurden auch Fragen der Sicherheit und der Verfügbarkeit von Infrastruktur thematisiert. Es müsse um den Erhalt und die Herstellung von Datensouveränität gehen. Zugleich war man sich einig, dass auch das Netz kein rechtsfreier Raum sein dürfe. Wir sprachen uns zudem für einen raschen Glasfaserausbau in ländlichen Regionen aus. Als wichtige Aufgaben benannten wir zudem die Gewährleistung von Netzneutralität und die Vermeidung von Monopolstellungen. Als Erfolg konnten wir im Kontext „freies WLAN“ auf die gesetzlich beseitigte sogenannte Störerhaftung verweisen.

Wichtige weitere Aufgaben wurden im Bereich Bildung gesehen, hier in einer Umstellung auf digitale Medien und Lehrmaterialien sowie den Umgang mit ihnen, ferner in Entwicklungen und Verwendungsformen künstlicher Intelligenz. Hier stünden der Gesellschaft weitreichende Veränderungen bevor.

Fraktion vor Ort:

Auf dem Weg zu mehr Teilhabe – Das Bundesteilhabegesetz

Gemeinsam mit meiner Kollegin Kerstin Tack, Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Belange von Menschen mit Behinderungen und Hans-Joachim Grätsch, Geschäftsführer des Lebenshilfewerks Mölln-Hagenow gGmbH, diskutierte ich am 5. Oktober in Geesthacht über den Entwurf zum Bundesteilhabegesetz, das sich derzeit im Parlamentarischen Verfahren befindet. Wir konnten viele Fragen und auch Bedenken von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern entgegennehmen. Etwa 75 Interessierte waren der Einladung gefolgt.

Nach einer Einführung, in der ich die Ziele des Gesetzesvorhabens – den Systemwechsel von einem „Fürsorgesystem“ zu einem Recht auf Teilhabe – benannte, wurden Punkte herausgearbeitet, anhand derer verbreitet Veränderungsbedarf am vorliegenden Gesetzentwurf gesehen wird. Insbesondere bezüglich der Frage einer zukünftig einheitlichen Bedarfsfeststellung wurden Befürchtungen vorgetragen, hierbei den Menschen mit Behinderungen möglicherweise nicht gerecht zu werden. Das Bestreben, eine zusammengefasste Beantragung der verschiedenen Leistungen zu erreichen, wurde unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aber grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Für die SPD-Bundestagsfraktion benannte Kerstin Tack für die anstehenden Beratungen Klärungsbedarfe etwa hinsichtlich der Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe und Pflege, wobei man sich dafür einsetze, so viel wie möglich über die Eingliederungshilfe zu leisten, um hier keine Verschiebung in die Pflege zu riskieren.



Foto v.l.: Kerstin Tack, Nina Scheer, Hans-Joachim Grätsch

Den Zugang zur Eingliederungshilfe betreffend betonte sie, dass es hier zu keinen Einschränkungen kommen werde: Alle bisher Anspruchsberechtigten würden auch über zukünftig zu schaffende fünf Lebenslage-Bereiche erfasst. Um dies zu gewährleisten, erfolge der Schritt der letztendlichen Umstellung erst 2020, nachdem andere erste Schritte bereits mit dem geplanten Inkrafttreten zum 1. Januar 2017 vorgenommen werden und die neue Handhabung der Lebenslage-Bereiche zunächst erprobt würde. Bezüglich der Wohnräume spreche man sich für einen Zustimmungsvorbehalt aus, sodass über die Wohnform nicht über den Kopf der betreffenden Menschen mit Behinderungen entschieden werden könne.

Hinsichtlich der Kostentragung setzt sich die SPD-Fraktion für einen noch aufzustockenden Bundesanteil von heute mit dem Entwurf jährlich zu leistenden rund 700 Mio. Euro ein. Die Entlastung der Kommunen folgt nun außerhalb des Bundesteilhabegesetzes, da sich aufgrund der in den Ländern unterschiedlichen Finanzierungssysteme bundesweit nicht einheitlich eine Entlastung der Kommunen regeln lässt. So wird die Eingliederungshilfe nur in einigen Bundesländern von den Kommunen geleistet, in anderen vom Land.

Fraktion vor Ort – bei meinem Kollegen Franz Thönnies am 11. Juli 2016 in Henstedt-Ulzburg: „Integration erfolgreich machen: Klare Regeln – Gemeinsam handeln“

Zur Abendveranstaltung „Integration erfolgreich machen: Klare Regeln – Gemeinsam handeln“ waren 60 Interessierte ins Hotel Restaurant Scheelke in Henstedt-Ulzburg gekommen. Die jeweiligen Positionen wurde von vor Ort über das Land bis zum Bund durch Heidi Colmorgen, der 1. Vorsitzenden des Willkommensteam e.V. in Henstedt-Ulzburg, Serpil Midyatli, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, sowie meinem Kollegen Franz Thönnies und mir dargestellt.



Foto v.l.: Heidi Colmorgen, Serpil Midyatli, Franz Thönnies, Nina Scheer

Integration ist aber eine dauerhafte Aufgabe, die Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen stellt und nachhaltige Arbeit erfordert. Es ist unsere Pflicht, ein gutes Angebot an Integrationsmaßnahmen zu schaffen und einen guten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Durch die schnelle Aufnahme einer Beschäftigung können sich Geflüchtete früh an unserem gemeinsamen Leben beteiligen. Das Mitte Juli im Deutschen Bundestag verabschiedete Integrationsgesetz schafft klare Regeln und folgt dem Grundsatz vom „Fördern und Fordern“. So werden die Integrations- und Deutschkurse ausgeweitet und gleichzeitig Erwartungen für die Teilnahme beschrieben. Erleichtert werden ebenso die Bedingungen für die Aufnahme von Ausbildung und Arbeit.

Fraktion vor Ort – bei meiner Kollegin Gabriele Hiller-Ohm am 14. Juli 2016 in Berkenthin: „Gleiche Chancen auf gute Bildung“

Was können wir tun, um unser Bildungssystem gerechter zu machen? Wie können alle jungen Menschen davon profitieren? Wie lassen sich Leistung und Talente ein Leben lang besser fördern? Über diese und ähnliche Fragen diskutierten meine Kollegin Gabriele Hiller-Ohm und ich zusammen mit dem Vorsitzenden des Arbeitskreises Bildung der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, dem Schulleiter des Berufsbildungszentrums Mölln, Ulrich Keller, der Vorsitzenden des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses des Kreistages Herzogtum Lauenburg, Gitta Neemann-Güntner sowie dem Kreistagsabgeordneten und Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD Herzogtum Lauenburg, David Welsch. Ein Grußwort hielt der Bürgermeister der Gemeinde Berkenthin, Michael Grönheim.



Foto v.l.: Ulrich Keller, Martin Habersaat, Nina Scheer, David Welsch, Gitta Neemann-Güntner, Michael Grönheim, Gabriele Hiller-Ohm

Hiller-Ohm machte zu Beginn der Veranstaltung deutlich: „Gute Bildung ist der Schlüssel für wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe. Sie eröffnet Chancen auf Arbeit, sozialen Aufstieg und selbstbestimmte Lebensgestaltung. Ein gerechtes Bildungssystem stärkt den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes.“ Doch Bildungschancen seien in Deutschland noch immer ungleich verteilt. Viel zu oft entscheide die soziale Herkunft über den Bildungsweg junger Menschen. Gleichzeitig werde Bildung vor dem Hintergrund von Globalisierung, Digitalisierung und Flexibilisierung im gesamten Lebensverlauf immer wichtiger. Martin Habersaat hatte zuvor den bildungspolitischen Schwerpunkt der SPD in Kiel erläutert, der sich in zusätzlichen Lehrerstellen, neuen Schulassistenzen, mehr Geld für die Hochschulen und der Umsteuerung in Richtung eines Bildungssystems „ohne Sackgassen“ manifestiert.

Praktikanten und Hospitantz

Praktikumsbericht von Désirée Hoppe



„Bereits in meiner Zeit am Gymnasium Schwarzenbek Europaschule begann ich mich ehrenamtlich z.B. in der Schülervertretung zu engagieren. Vor meinem Studium der Rechts- und Politikwissenschaften reizte es mich, einen Blick hinter die Kulissen der Bundespolitik zu erhaschen. Mein Praktikum fand in Berlin und im Wahlkreisbüro Geesthacht statt. In Berlin hatte ich etwa die Möglichkeit, eine Sitzung des

Ausschusses für Wirtschaft und Energie, das Planspiel des Deutschen Bundestages im Deutschen Dom und eine Plenarsitzung zu besuchen. Im Wahlkreis begleitete ich Nina Scheer auf ihrer Wahlkreis-Sommertour. Die Betreuung während meiner Zeit war sehr gut. Es wurde stets versucht, mich in die Arbeit einzubinden und ich konnte eigenständig Aufgaben übernehmen. Ich habe mich sehr gefreut, dass Nina Scheer es mir ermöglichte, ein vierwöchiges Praktikum bei ihr und in ihrem Büro zu absolvieren. Es war eine tolle und lehrreiche Erfahrung.“, so Désirée Hoppe.

Praktikumsbericht von Lennart Wulf



„Nach mehreren Jahren bei den Jusos und in der SPD hat es mich interessiert, wie genau der parlamentarische Alltag des Bundestages aussieht. Zu Beginn habe ich gemerkt, dass das Regierungsviertel viel größer ist, als ich es mir vorgestellt habe. Entsprechend schwer ist mir die Orientierung in den verschiedenen Gebäuden und damit verbundenen unterirdischen Gängen gefallen. Um in Berlin

Anschluss zu finden, gibt es verschiedenen Möglichkeiten, andere Praktikant*innen des Bundestags kennenzulernen. Sowohl für inhaltliche Diskussionen als auch für Besichtigungen von Institutionen, wie dem Finanzministerium oder dem Willy-Brandt-Haus, hat es Angebote gegeben. Im Büro von Nina Scheer konnte ich viele Einblicke gewinnen. Neben der Öffentlichkeitsarbeit werden hier beispielsweise die anstehenden Sitzungen vorbereitet. Die inhaltliche Arbeit, die ich während meines Praktikums machen konnte, hat mir gezeigt, wie tief man sich in Themen einarbeiten muss, um eine Veranstaltung angemessen vorzubereiten. Mich persönlich hat auch der Umgang mit CETA und dem Konventbeschluss der SPD im parlamentarischen Verfahren sehr interessiert.“, so Lennart Wulf.

Friedrich-Ebert-Stiftung-Hospitanz: Anja Paumen, Journalistin



Als Unterstützung zur Qualifizierung von Journalisten bot ich im September einen Platz in meinem Berliner Büro für das Hospitanz-Programm der Journalisten-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung an. Einen Monat lang konnte die Journalistin Anja Paumen einen Einblick in meinen Arbeitsalltag und hinter die Kulissen des Bundestags gewinnen. Anja Paumen: „Das passt perfekt. Nina Scheer deckt

genau die Themen in ihrer Abgeordnetentätigkeit ab, die mich besonders interessieren, wie Klimapolitik und Energiewende. Für mich ist es interessant mitzuerleben, wie viele Interessensgruppen an Nina Scheer mit ihren unterschiedlichen Wünschen und Sorgen herantreten. Beeindruckend ist auch, wie detailgenau sie sich in ihren Fachthemen aber auch andere Themen einarbeitet, Bescheid weiß und Position bezieht.“

Wahlkreis-Sommertour: „Engagierte Frauen in der Region“

Vom 12.-14. Juli 2016 fand meine diesjährige Sommertour unter dem Titel „Engagierte Frauen in der Region“ statt. Nachdem ich in den vergangenen Jahren Sommertouren mit den Schwerpunktthemen „Wirtschaft in der Metropolregion“ und „Arbeit und Soziales“ gemacht hatte, stand in diesem Jahr das vielfältige Engagement von Frauen in den verschiedensten Bereichen im Mittelpunkt.

Hierzu ein Überblick:

Arbeit mit Geflüchteten

Zu Beginn der Sommertour traf ich am Dienstag, den 12. Juli in Büchen Heike Gronau-Schmidt, Ansprechpartnerin für Flüchtlingsbetreuung und Ehrenamtskoordination. Auch Büchens Bürgermeister Uwe Möller und die SPD-Kreistagsabgeordnete Gitta Neemann-Güntner waren dazugekommen, um gemeinsam über aktuelle Herausforderungen in der Flüchtlingsarbeit zu sprechen, insbesondere mit Blick auf die Integration von Frauen.

Derzeit werden in Büchen zehn Integrationskurse und drei Alphabetisierungskurse angeboten. Als ein Ziel wurde eine stärkere Koordinierung von Sprachkursen mit Blick auf die Lehrmaterialien benannt.

Klimaschutz vor Ort

Auch ein Besuch im Amt Büchen stand auf dem Programm, bei dem ich mich mit Dr. Maria Hagemeyer-Klose, Klimaschutzmanagerin für das Amt Büchen, und Daniela Bauer, zuständig für das Energie-Spar-Projekt Sachsenwald/Alte Straße, für einen

Austausch über den aktuell auf Bundesebene entwickelten 'Klimaschutzplan 2050' und lokale Ansätze des Klimaschutzes traf. Einig waren wir uns darin, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel global gedacht und lokal umgesetzt werden müssen. Die Vorreiterrolle, die Deutschland etwa bei der Entwicklung von Erneuerbaren Energien einnimmt, zeigt sich auch in innovativen Projekten vor Ort.

Gelungene Inklusion

Ein weiterer Termin führte mich zum frisch restaurierten und neu bezogenen Louisenhof. Die ehemals als Gut Lanken geführte gGmbH bietet Wohn- und Arbeitsbereiche für Menschen mit Behinderungen. Hier tauschte ich mich mit Melanie Lindemann, Geschäftsführung der Louisenhof gGmbH, Barbara Hollmann, Werkstattleitung, und Maren Singer, Wohnbereichsleitung, aus. Mit dabei war auch die SPD-Kreistagsabgeordnete und Bürgervorsteherin von Schwarzenbek, Kirsten Niemann.

Auf dem Gelände des neuen Stammsitzes in Louisenhof werden verschiedene berufliche Qualifizierungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen angeboten, etwa in den Bereichen Bioland-Gemüseanbau und Bio-Landwirtschaft oder in der Hofküche Louise.

Mit viel Engagement und Herzblut wurde hier ein beeindruckendes Wohn- und Arbeitsumfeld geschaffen, das in persönlicher Atmosphäre auf die unterschiedlichen Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner angepasst ist.

Zudem wurde über das derzeit im parlamentarischen Verfahren befindliche Bundesteilhabegesetz diskutiert. Ziel des Gesetzes sind eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention sowie die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu einem Teilhaberecht.

Frauen in handwerklichen Berufen

In Güster fand ein Austausch mit den Unternehmerfrauen im Handwerk (UFH) im Herzogtum Lauenburg statt, an dem Nicola Gesche, UFA Vorsitzende im Herzogtum Lauenburg, Friseurmeisterin Roswitha Bartz, Maurermeisterin Cornelia Kraft und der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Güster, Reiner Kiehn, teilnahmen. Im Mittelpunkt des Gespräches standen die Themen Ausbildung und Fachkräftesicherung. Einig waren wir uns darin, dass es auch zukünftig weiterer Anstrengungen bedarf, um das Bild der klassischen Frauen- und Männerberufe aufzubrechen, so habe etwa das Handwerk eine Menge für Frauen zu bieten. Einigkeit bestand auch darin, dass der Meisterbrief zu erhalten sei. Dabei konnte ich sowohl auf eine entsprechende Position meiner Fraktion als auch Einigung der Koalitionsfraktionen verweisen.

Regionale Kunst

Am 14. Juli besuchte ich die Initiatorin vom 'Kunstraum Ahrensburg', Metta Braake, und mitwirkende Künstlerinnen und Künstler. Der 'Kunstraum Ahrensburg' wurde 2009 von 20 Ahrensburger Künstlerinnen und Künstlern gegründet und soll das kulturelle Gesicht der Stadt Ahrensburg durch gemeinsame Projekte prägen.

Metta Braake erläuterte die neuen Räume im ehemals als Jugendzentrum genutzten Speichergebäude, die von den Künstlerinnen und Künstlern auf Grundlage eines Mietvertrages mit der Stadt aktuell als Lagerraum genutzt werden. Auf rund 30 Quadratmetern lagern hier die Kunstobjekte.

Herausforderungen für Frauen in der Arbeitswelt

Zu Besuch im Kreishaus in Ratzeburg tauschte ich mich mit Elke Hagenah, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Herzogtum Lauenburg, und Sandra Hansen, Beraterin FRAU & BERUF, aus. Gefördert durch das Landesprogramm Arbeit des Europäischen Sozialfonds (ESF) und durch das Land Schleswig-Holstein bieten die Beratungsstellen von FRAU & BERUF etwa Unterstützung bei der beruflichen Orientierung und Neuorientierung, aber auch, wenn Frauen nach einer längeren Auszeit in ihren Beruf zurückkehren möchten.

Diskutiert wurden die gesonderten Herausforderungen für den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen. Für die im Durchschnitt 45jährigen Frauen fehlten häufig Praktikumsplätze. Auch dies ist ein Bereich, in dem FRAU & BERUF Hilfestellung bietet. Die hohe Zahl kaufmännisch Qualifizierter erfordere häufig eine Neuorientierung. Wir tauschten uns auch über die generelle Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bezug auf veränderte und zu verändernde Arbeitswelten aus.

Interkultureller Austausch

Für ein Gespräch mit Annemarie Argubi-Siewers, Geschäftsführerin der INI Qualifizierung und Service gemeinnützige GmbH, besuchte ich den Geest-Treff in Geesthacht. Auch Geesthachts Bürgermeister Olaf Schulze und die SPD-Fraktionsvorsitzende der Ratsversammlung Geesthacht, Kathrin Wagner-Bockey, nahmen teil, um sich vor Ort über die Qualifizierungsprojekte sowie die Arbeit des Geest-Treffs einen Eindruck zu verschaffen und auszutauschen. Mit dem Geest-Treff wurde im Mai 2016 eine wichtige Anlaufstelle geschaffen, die mit ihren vielfältigen Angeboten nicht nur individuelle Förderung bei Integration leistet, sondern auch die Gemeinschaft stärkt. Annemarie Argubi-Siewers berichtete, dass fehlende Kinderbetreuung die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen erschwere. Auch deshalb komme nun einmal in der Woche eine Malerin aus der Region vorbei, um zusammen mit den Flüchtlingskindern zu malen.

Aktivitäten

Einblick in die verschiedenen Aktivitäten sowohl im Wahlkreis als auch andernorts bieten die Berichte auf meiner Homepage. Dort sind zudem Positionen und Reden abrufbar:

<http://www.nina-scheer.de>

Programmkommissionen zur Landtags- und Bundestagswahl

Die letzten Monate befasste ich mich intensiv mit der innerparteilichen Programmarbeit, auf Bundesebene als Mitglied der zur Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms eingesetzten Perspektivarbeitsgruppen. Hier wirke ich in der Arbeitsgruppe Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unter der Leitung von Bundesministerin Barbara Hendricks und Ute Vogt, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion mit. Mit der Arbeitsgruppe brachten wir jüngst unseren Programmbericht ein.

Eine intensive Programmarbeit – mit allein zwei Klausurwochenenden und vielen weiteren Gesprächen, etwa im Austausch mit dem Umweltforum, begleitete ich als Mitglied der Programmkommission zur Erarbeitung des Landtagswahlprogramms. Hier leiteten Mathias Stein und ich die Arbeitsgruppe zu Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt, Energie und Landwirtschaft.

Der SPD-Landesvorstand, dem ich seit letztem Jahr angehöre, verabschiedete am 6. Oktober den Entwurf des Programms für unseren Landesparteitag am 26. November.

Eigene Termine (Auswahl & unter Vorbehalt)

Dienstag, 11. Oktober 2016, 17.30 – 19.30 Uhr

Nina Scheer lädt ein:

Bürgersprechstunde

Wahlkreisbüro Geesthacht, Markt 17, 21502 Geesthacht

Donnerstag, 03. November 2016, 18.00 Uhr, Einladung vgl. unten

Nina Scheer, MdB und Karl Lauterbach, MdB laden ein:

Fraktion vor Ort: Pflege im Lichte demografischen Wandels

Moderation: Martin Habersaat

Kulturzentrum Schloss Reinbek, Gartensaal, Schloßstraße 5, 21465 Reinbek

Dienstag, 15. November 2016, 19.00 Uhr

Nina Scheer lädt ein:

Kreisübergreifende Ortsvereinsrunde

Ort folgt

Samstag, 3. Dezember 2016, 15.00 Uhr

Nina Scheer, MdB und der Ortsverein Geesthacht laden ein:

Adventskaffee Geesthacht

Wahlkreisbüro Geesthacht, Markt 17, 21502 Geesthacht

Terminhinweis

Dienstag, 1. November 2016, 19.00 Uhr

SPD-Kreisverband Lauenburg & SPD-Kreisverband Stormarn:

Wahlkreiskonferenz für den Bundestagswahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd mit Nominierung eines / einer Kandidaten/-in

Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Gut Lanken gGmbH, Industriestr. 8a, 21493 Schwarzenbek

Einladung

Gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Prof. Dr. Karl Lauterbach, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, lade ich zu einer Veranstaltung der Reihe Fraktion vor Ort nach Reinbek ein.

Pflege im Lichte demografischen Wandels

Donnerstag, den 03. November 2016, um 18.00 Uhr

Kulturzentrum Schloss Reinbek, Gartensaal, Schloßstraße 5, 21465 Reinbek

Der demografische Wandel prägt die Zukunft unserer Gesellschaft. Diese Entwicklung wird Deutschland in den nächsten Jahrzehnten weiter verändern.

Zeitgleich ist die Anzahl der Pflegebedürftigen seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 kontinuierlich gestiegen. Derzeit sind rund 2,5 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Bis zum Jahr 2050 werden 4,36 Millionen pflegebedürftige Menschen prognostiziert.

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte die Pflege auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Veränderungen sicherstellen und verbessern. Dabei haben wir nicht nur die Pflegebedürftigen, sondern auch ihre Angehörigen und die in der Pflege Beschäftigten im Blick.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, befindet sich das im Januar durch die Bundesregierung vorgelegte Gesetz zur Reform der Pflegeberufe derzeit im parlamentarischen Verfahren. Die bislang getrennten Ausbildungen in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege sollen mit der generalistischen Ausbildung zusammengelegt werden.

Zuletzt wurden die Pflegestärkungsgesetze I – II beschlossen. Sie beinhalten u.a. bessere Leistungen für Demenzkranke, mehr Unterstützung für pflegende Angehörige und die Entwicklung neuer Pflegegrade. Das kommende Pflegestärkungsgesetz III zielt auf eine Entlastung der Kommunen in der Beratung Pflegebedürftiger.

Darüber und über weitere Reformschritte in der Pflege möchten wir Sie informieren und Ihre Fragen beantworten.

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



Foto: jk-kom.de

Foto: Jusos Schleswig-Holstein

Foto: Jusos Starnberg

Foto: spdfraktion.de

Foto: SPD Herzogtum Lauenburg

Foto: Bina Karin Thissen

Foto: Kreishandwerkerschaft Herzogtum Lauenburg